

„Mindestens so gut wie die D-Mark“

Der Geldpolitikexperte Ansgar Belke über die Kaufkraft des Euro und gefühlte Inflation

Das Verhältnis der Europäer zu ihrer Gemeinschaftswährung ist gespalten. Als „Teuro“ bezeichnet sie der Volksmund. Alles übertrieben, hat jetzt die Allianz ausgerechnet: Denn trotz der Inflation kann sich der Euro mit seiner Kaufkraft sehen lassen und muss den Vergleich mit anderen Währungen nicht scheuen – auch nicht mit der Deutschen Mark. „Profil“ hat mit dem Geldpolitikexperten Ansgar Belke, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Duisburg-Essen, über den Euro und das Schreckgespenst Inflation gesprochen, das auch zurzeit wieder in aller Munde ist.

Profil: Herr Professor Belke, viele Deutsche wünschen sich die D-Mark zurück und rechnen immer noch die Preise um. Sie auch?

Ansgar Belke: Nein, ich wünsche mir die Mark nicht zurück. Und die Preise rechne ich auch nicht um. Dabei begeht man nämlich einen empirischen Fehler: Wer die D-Mark-Preise in Euro umrechnet, der vergleicht das damalige Preisniveau mit dem heutigen.

Profil: Die Allianz hat ausgerechnet, dass ein Euro von 1999 in Deutschland heute nur noch 82 Cent Wert ist. Macht der Euro also doch alles teurer?

Belke: Diese Berechnungen muss man relativ sehen. Zunächst einmal kann die Preisentwicklung der D-Mark nicht mit der des Euro gleichgesetzt werden. Wer die Inflationsraten vergleicht, stellt fest, dass sie zu Mark-Zeiten sogar höher waren als die zu Euro-Zeiten. Außerdem wissen wir ja nicht, wie sich die Kaufkraft der D-Mark nach 1999 weiterentwickelt hätte.

Profil: Die D-Mark ist also, was die Kaufkraft betrifft, nicht besser als der Euro?

Belke: Der Euro ist mindestens so gut wie die D-Mark. Die Preisentwicklung der Gemeinschaftswährung war seit ihrer Einführung immer nahe dem Zielwert von 2 Prozent. Der Wertverlust ist damit im Rahmen geblieben. Beim US-Dollar waren die Inflationsraten in den letzten Jahren beispielsweise höher.



Ansgar Belke

Zur Person

Ansgar Belke ist Professor am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, an der Universität Duisburg-Essen. Der 45-Jährige ist seit 2009 Forschungsdirektor für internationale Makroökonomik am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und Mitglied im „Monetary Experts Panel“ des Europäischen Parlaments.

Profil: Im europäischen Vergleich ist der Kaufkraftverlust in Deutschland am geringsten, sagen die Allianz-Berechnungen. Ein Euro von 1999 ist in Frankreich nur noch 81 Cent, in Spanien sogar nur noch 71 Cent wert. Der Durchschnitt der Eurozone liegt bei 78 Cent. Woher kommen diese Unterschiede?

Belke: In der Theorie sollte es langfristig keine Kaufkraftunterschiede in einer Währungszone geben, weil sich die unterschiedlichen Inflationsraten durch Wanderungsströme ausgleichen müssten. Die Gründe für die verschiedenen Preisniveaus sind unterschiedliche Marktbarrieren und Regulierungseingriffe, andere Prioritäten in der Haushaltspolitik, unterschiedliche Steuersätze, andere Löhne, unterschiedliche Arbeitsmärkte oder divergierende Konjunkturzyklen.

Profil: Im Januar stieg der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) um 2,4 Prozent. Kommt es also doch zu einer Inflation?

Belke: Der Anstieg liegt an den gestiegenen Preisen für Energie, Lebensmittel und Rohstoffe. Der statistischen Berechnung der Verbraucherpreise liegt ja ein definierter Warenkorb zugrunde. Wenn sich Güter des täglichen Bedarfs verteuern, beeinflusst dies das Inflationsempfinden der Konsumenten natürlich stärker. Diese Wahrnehmung schwächt sich nicht dadurch ab, dass langlebige Konsumgüter wie Computer oder Autos nur geringfügig teurer oder sogar billiger werden, weil man diese Produkte nur selten kauft. Deswegen kommt es den Verbrauchern so vor, als ob alles teurer wird. Diese gefühlte Inflation liegt unseren Berechnungen zufolge bei 3,5 bis 3,7 Prozent.

Profil: Nehmen wir an, die Inflationsgefahr erhöht sich. Wie wird die EZB reagieren? Wird sie für Preisstabilität sorgen oder die Zinsen niedrig lassen, um die Schuldenkrise nicht zu verschlimmern?

Belke: Das wird von den konkreten Machtverhältnissen im EZB-Rat abhängen. Und dort ist das stabilitätsbewusste Deutschland mit Finnland, Österreich und den Niederlanden derzeit in der Minderheit. Ein Ausstieg aus der Niedrigzinspolitik sollte bis Mitte des Jahres erfolgen. Denn eine zu expansive Geldpolitik führt zu einer schleichenden Inflation. Die Notenbanken müssen sich dabei allerdings auf internationaler Ebene koordinieren, weil die globale Liquiditätssituation auch bei erhöhten Zinsen in der Eurozone hierzulande die Preise in die Höhe treiben kann. Man kann sich das Geld billig in den Vereinigten Staaten besorgen und es dann in Europa in den Kreislauf pumpen. Sollte der globale Ausstieg aus der Politik des billigen Geldes nicht oder zu spät erfolgen, rechne ich in zwei Jahren mit einer Inflationsrate von etwa 4 Prozent für den Euroraum.

Profil: Vielen Dank für das Gespräch! cs
Mehr dazu im Internet: GVB00190